

## Medienmitteilung II

### Die BPU zur Abstimmung vom 19. November 2023

---

#### **Wolf im Schafspelz: NEIN zur «Verordnung für gemeinwirtschaftliche Leistungen der Energie Uster AG»**

Die dritte Vorlage heisst sehr harmlos *«Verordnung für gemeinwirtschaftliche Leistungen der Energie Uster AG»*. Damit der wahre Grund für diese Vorlage nicht auf den ersten Blick erkennbar wird, wird sie als Ökofonds-Vorlage verkauft. Unter Zweck wird beschönigend geschrieben: *«Die Verordnung bezweckt die Förderung von a) Massnahmen der effizienten Stromversorgung b) erneuerbarer Stromproduktion c) Treibhausgasreduktion durch effiziente Stromversorgung d) **Sicherstellung des Betriebes der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Uster»**.*

Gemäss Verordnung erhebt die Energie Uster AG künftig von allen Kunden eine Abgabe von **max. 1.0 Rp/kWh** auf der auf dem Elektrizitätsverteilnetz der Energie Uster AG transportierten Energie. Ob das im Lichte der immer stärker steigenden Elektrizitätspreise noch tragbar ist, müssen die Stimmberechtigten am 19. November selber bestimmen.

#### **Trojanisches Pferd: Beleuchtung soll von den Haushalten bezahlt werden**

Während der erste Teil der Verordnung aus Sicht der BDP als knapp akzeptabel bezeichnet werden kann, liegt der Hund im zweiten Teil begraben. Denn gemäss Verordnung soll künftig die Energie Uster AG *«zur Finanzierung ihres Aufwandes für den Betrieb, die Kontrolle und den Unterhalt der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Uster von allen ihren Kunden einen Betrag von maximal 25 Franken pro Jahr pro an ihrem Netz installierten Stromzähler (Messpunkt)»* erheben. Ausgenommen werden die Aussenwachen Freudwil, Riedikon und Sulzbach, weil diese den Strom von den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) beziehen. Die Bewohner dieser Weiler bezahlen also keinen Rappen, auch nicht die 25- Fr/Jahr; sie leben also quasi gratis. Die Stadt Uster vergütet den EKZ deren Ausfälle aus Steuergeldern. Ein sehr merkwürdige und auch ungerichte Vorlage.

Die öffentliche Beleuchtung ist nach Ansicht der BPU klar eine Aufgabe der Stadt Uster und nicht der privaten Haushalte. Also ist sie auch aus Steuergeldern zu finanzieren wie bisher. Die BPU kann es nicht fassen, dass der rot-grüne Stadtrat eine Vorlage unterbreitet, die einer «Kopfsteuer» gleichkommt. Wofür bezahlen wir dann noch Steuern, wenn doch alles über Gebühren und Abgaben der Haushalte finanziert werden soll? Irgendwann läuft das Fass über. Dank der SVP kommt diese Vorlage vor das Volk, weil diese Partei das Referendum ergriffen hat.

#### **In die Primarschulpflege: Dominik Bischoff**

Die BPU unterstützt die Kandidatur von Dominik Bischoff für die Ersatzwahl in die Primarschulpflege. Dominik Bischoff steht für ein hohes Bildungsniveau anstelle eines hohen Kostenniveaus. Er setzt sich dafür ein, dass der menschliche Aspekt in der Bildung nicht durch unnötige Bürokratie verloren geht. D. Bischoff lebt in Uster. Aktuell fehlt die SVP in der Primarschulpflege. Die grösste Partei von Uster muss nach Ansicht der BPU darin vertreten sein.

Bürgernahe Politik Uster BPU